

Bürgerzentrum wird erheblich teurer als geplant / Vorerst keine verkaufsoffenen Sonntage

# Grüne monieren „Kostenkatastrophe“

Von Sigrid Terstegge

**NORDWALDE.** Richtig Leben kam in die Ratssitzung am Dienstag, als es um den Punkt 8, „Aktueller Kostenplan des Bürgerzentrums“, ging. Statt anfänglicher Kosten von etwa acht Millionen Euro für den Neubau, wird er jetzt fast 18 Millionen Euro kosten.

„Welche Konsequenzen ziehen wir denn nun daraus?“, fragte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rhein mit Blick auf den neuen Bauhof, der gebaut werden soll. Vielleicht wäre eine ausgelagerte Kostenkontrolle nicht verkehrt, schlug Rhein vor.

Bürgermeisterin Sonja Schemmann erläuterte noch einmal, wie diese Kostensteigerung und Bauverzögerung zustande gekommen war. „Leider konnten wir nicht einen Generalunternehmer beauftragen, wie es anfangs gedacht war“, erinnerte sie. Um Fördermittel zu bekommen, mussten alle Arbeiten in Einzelaufträgen vergeben werden. „Das ist dann auch noch in einer unglücklichen Zeit passiert, als sich auf die Ausschreibungen teilweise noch nicht einmal Betriebe gemeldet haben“, betonte



Das Bürgerzentrum wird schick, aber teuer. Im Rat ging es jetzt darum, wer an der Kostensteigerung auf mehr als doppelte der ursprünglich veranschlagten Summe verantwortlich ist.

Foto: Sigrid Terstegge

Schemmann. „Das ist doch alles eine Kostenkatastrophe“, monierte Oliver Hesse, Fraktionsvorsitzender von Die

**»Welche Konsequenzen ziehen wir denn nun daraus?«**

Hans-Ulrich Rhein, SPD

Grünen/Bündnis 90. Verantwortlich seien alleine die Bürgermeisterin und die Verwaltung. Dagegen wehrte sich Schemmann vehement. „Über Jahre ist von der Politik

diskutiert worden“, erinnerte sie. Die Verwaltung habe dann ein von der Politik verlangtes Gutachten nach dem anderen eingeholt. Nach immer neuen Fördermitteln habe man gesucht. Es war klar, dass ein Rathausbau alleine nicht gefördert worden wäre. Das jetzt der Verwaltung allein in die Schuhe schieben zu wollen, sei zu billig, so Tobias Elshoff, Fraktionsvorsitzender der CDU. „Das ist doch nur Wahlkampfgeplärre“, stellte Elshoff fest. Die Politik und die Verwaltung zusammen gestalteten die Gemein-

de und seien dafür verantwortlich. „Weder Verwaltung noch Rat konnten etwas für das Cancelling der Vergabe-

**»Das ist doch nur Wahlkampfgeplärre.«**

Tobias Elshoff

kammer“, stellte Rhein klar. Und bei einer Klage hätte der Bau noch zwei Jahre länger gedauert. Der Umzug in das Bürgerzentrum ist für den 21. Juli geplant. Am Wochenen-

de vorher zieht der Server um.

Zum Punkt der Verordnung zu verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen gab Amtsleiterin Dagmar Hilgenbrink erst einmal zu, dass sie mit der Bekanntmachung über nur noch zwei statt vier verkaufsoffene Sonntage einen Fehler gemacht habe. „Ich habe mich schon sehr über mich selber geärgert“, meinte sie. Was dann allerdings für eine Reaktion von der Gewerkschaft Verdi erfolgte, sei auch nicht mehr verständlich. Man habe telefoniert, sei beruhigt worden, dass schon alles in Ordnung sei – und dann sei plötzlich eine Klage von Verdi auf den Tisch geflattert. Die Mitarbeiterin, mit der man gesprochen habe, sei nicht mehr erreichbar gewesen. „Eigentlich hatten wir eine vernünftige Antwort erwartet statt einer Klage“, so Hilgenbrink. Also muss die Verordnung zurückgenommen werden. Der Rat stimmte zu. „Das muss in der nächsten Wahlperiode neu angegangen werden“, so Hilgenbrink. Das heißt: Bis eine neue Verordnung in Kraft tritt, gibt es gar keine verkaufsoffenen Sonn- oder Feiertage mehr.